

# LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

## 17. Wahlperiode

---

**Ausschuss für Europafragen und Eine Welt**

20. Sitzung am 03.05.2018  
in Bad Marienberg  
– Öffentliche Sitzung –

## Protokoll

Beginn der Sitzung: 10:07 Uhr

Ende der Sitzung: 12:30 Uhr

### Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands, Herrn Landtagspräsident Hendrik Hering, MdL, und die Studienleiter der Stiftung „Europa-Haus Marienberg“, Herrn Karsten Lucke und Herrn Anselm Maria Sellen
2. Begrüßung durch die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz und für Europa, für Medien und Digitales, Frau Staatssekretärin Heike Raab  
Auftakt der Europawoche
3. Ergebnisse der 76. Europaministerkonferenz der Länder am 15. Februar 2018 in Berlin  
Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung durch die Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales, Frau Staatssekretärin Heike Raab  
– Vorlage 17/3045 –

### Ergebnis:

(S. 3 – 4)

(S. 5)

Kenntnisnahme  
(S. 6 – 7)

**Tagesordnung** (Fortsetzung):

**Ergebnis:**

- |  |                                  |
|--|----------------------------------|
| 4. Allianz für eine starke EU-Kohäsionspolitik<br>Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE<br>GRÜNEN<br>– Drucksache 17/6023 –                        | Annahme empfohlen<br>(S. 8 – 10) |
| 5. Europe Direct Informationszentrum (EDIC) Koblenz<br>Konzept, Chancen und Herausforderungen<br>Referent: Oliver Hoffmann, Leiter des EDIC Koblenz                  | (S. 11 – 15)                     |
| 6. „think Europe“<br>Geschichte, Konzept und Leistungen der Bildungsstätte Stiftung<br>„Europa-Haus Marienberg“<br>Referenten: Karsten Lucke und Anselm Maria Sellen | (S. 16 – 21)                     |

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden im Europa-Haus Marienberg, insbesondere den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands Herrn Landtagspräsident Hering, Herrn Lucke und Herrn Sellen, Studienleiter der Stiftung „Europa-Haus Marienberg“, Herrn Hoffmann, Leiter des EDIC Koblenz, und Frau Staatssekretärin Raab.

**Punkt 1** der Tagesordnung:

**Begrüßung durch den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands,  
Herrn Landtagspräsident Hendrik Hering, MdL, und die  
Studienleiter der Stiftung „Europa-Haus Marienberg“,  
Herrn Karsten Lucke und Herrn Anselm Maria Sellen**

**Herr Landtagspräsident Hering** begrüßt die Anwesenden in Bad Marienberg nicht nur als Landtagspräsident, sondern auch als Vorsitzender des Stiftungsvorstands. Den Vorstand bildeten darüber hinaus Herr Bundestagsabgeordneter Dr. Nick von der CDU und die Stadtbürgermeisterin von Bad Marienberg, Sabine Willwacher.

Man sei stolz, im Westerwald in Bad Marienberg das Stammhaus der 100 Europa-Häuser in etwa 30 Ländern zu haben. Mit der euphorischen Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg sei es von Bad Marienberg ausgegangen, Europa-Häuser europaweit zu initiieren.

Das Europa-Haus stelle ein Highlight insbesondere der politischen Jugendbildung dar. Vor einiger Zeit sei es in Berlin für das Projekt „Überwachung galore“ mit dem bap-Preis Politische Bildung ausgezeichnet worden. Dies sei nur ein Beleg für ein sehr innovatives Seminarprogramm mit einem Schwerpunkt auf Jugendlichen und jungen Erwachsenen, das von einer überschaubaren Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konzipiert werde.

Der Stiftungsrat, der Stiftungsvorstand und der Programmrat seien mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer dabei, dieses Profil weiterzuentwickeln. Es sei keine Selbstverständlichkeit, dass ein Seminarhaus mit Übernachtungsmöglichkeiten heute noch erfolgreich am Markt agieren könne. Viele andere Einrichtungen dieser Art hätten schließen müssen.

Der Europaausschuss leiste eine wichtige Arbeit. Es seien große Herausforderungen, für den Europagedanken zu werben, vorhandene Europaskepsis zu beseitigen und dafür zu sorgen, dass Demokratie gestärkt werde. Einer der wesentlichen Bausteine, um das zu erreichen, sei, die Kompetenz- und Entscheidungsstärke der Landtage – europaweit als Regionalparlamente mit Gesetzgebungskompetenzen bezeichnet – auszubauen.

Je mehr auf europäischer Ebene geregelt werde – was bei manchem sinnvoll sei –, desto mehr gebe es ein Bedürfnis nach regionaler Verwurzelung und die Notwendigkeit, dass Politik vermittelt werde. Dies könnten nur Landtagsabgeordnete, weil Bundestags- und Europaabgeordnete viel zu weit weg seien und diese Aufgabe aufgrund der Größe der Wahlkreise nicht wahrnehmen könnten.

Die Aufgabe, Politik zu vermitteln, könne nur wahrgenommen werden, wenn bestimmte Kompetenzen bestünden, da man sonst als Gesprächspartner nicht ernst genommen werde. Deswegen sei es sehr wichtig, genau auf den Erhalt der Kompetenzen der Landtage zu achten. Rheinland-Pfalz sei Vorreiter gewesen als Ende der 1990er Jahre die Landesverfassung geändert worden sei, um dem Europaausschuss in europapolitischen Fragen besondere Kompetenzen zu geben. Damit verbunden sei die Zielsetzung gewesen, darauf zu achten, dass die Kompetenzen der Landesparlamente nicht ausgehöhlt würden. Dies sei europaweit und insbesondere im deutschsprachigen Raum ein Anliegen der Landtagspräsidenten. Es sollte auch achtgegeben, wie Kompetenzen verteilt würden. Wenn regionale Parlamente diesen Bedürfnissen als Ansprechpartner nicht entgegenkämen, würden es andere mit anderen Absichten tun.

Den Ausschussmitgliedern sei für ihre Arbeit zu danken, die vielleicht nicht den Nutzen für die Wahlkreisarbeit bringen möge, aber aus den genannten Gründen wichtig sei. Über die weitere Gestaltung der Arbeit des Europaausschusses sei schon einmal gesprochen worden. Auch bestehe bei der Regio-

**20. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 03.05.2018**  
**– Öffentliche Sitzung –**

nalvertretung der EU-Kommission die Bereitschaft, zu Tagesordnungspunkten Referenten in den Europausschuss zu entsenden. Als Landtagspräsident werde er zeitnah berichten, wie es mit dem Vierer-  
netzwerk nach der erfolgten Fusion weitergehe.

Der regelmäßige Besuch des Europa-Hauses durch den Ausschuss sowie der Ausbau der Funktion als  
Gästehaus für das Land – das Land sei Stiftungsgeber – wären erfreulich.

**Herr Lucke (Studienleiter der Stiftung „Europa-Haus Marienberg“)** heißt die Anwesenden in den  
Räumlichkeiten des Europa-Hauses herzlich willkommen. Seit der vergangenen Ausschusssitzung in  
Bad Marienberg, in der Dr. Otto Schmuck den Lissabonner Vertrag erklärt habe, sei etwas Zeit vergan-  
gen. Es wäre schön, wenn der Europausschuss einmal in der Legislaturperiode im Hohen Westerwald  
tage und die Arbeit des Europa-Hauses vorgestellt werden könne.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Begrüßung durch die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz und für Europa, für Medien und Digitales,  
Frau Staatssekretärin Heike Raab**  
Auftakt der Europawoche

**Frau Staatssekretärin Raab** zeigt sich erfreut, insbesondere zum Auftakt der Europawoche im Europa-Haus zu sein. Dank des Rückenwinds und vieler Impulse aus dem Ausschuss seien die Anstrengungen bei der Europawoche im Jahr 2018 in vieler Hinsicht verdichtet worden. Im Jahr 2017 seien es unter 20 Projekte gewesen. Im Rahmen der Europawoche 2018 würden 25 Projekte mit ca. 25.000 Euro Projektförderung zur Europabildung, etwa hinsichtlich der deutsch-französischen Freundschaft, durchgeführt. Dieses Mal beteiligten sich viele Schulen, aber es seien auch außerschulische Bildungsangebote vorhanden. Es zeige das Engagement vieler Menschen. Das Engagement des Europa-Hauses sei sehr wertvoll. Gewisse Impulse seien auch durch Pulse of Europe zu spüren.

Anlässlich von nunmehr 55 Europaschulen in Rheinland-Pfalz – diese Zahl sei innerhalb von vier Jahren erreicht worden – hätten die Staatskanzlei und das Ministerium für Bildung gemeinsam in der vergangenen Woche eine Veranstaltung im Rabanus-Maurus-Gymnasium in Mainz ausgerichtet, bei der alle Schulen und Projektträger vertreten gewesen seien.

Zu erwähnen seien die Vorschläge zum MFR von Herrn Oettinger am vergangenen Tag, und die Frage, wie im Kreis der Bundesländer darüber und über die weitere Entwicklung mit Blick auf die Ministerpräsidentenkonferenz, aber auch im Benehmen mit der Bundesregierung und dem Bundesfinanzminister diskutiert werde.

Es sei erfreulich, dass einige Abgeordnete im Rahmen der Europawoche Rheinland-Pfalz Schulen besuchten. In Edenkoben werde beispielsweise am folgenden Tag das Präsidium der Oberrheinkonferenz tagen. Am 5. Mai 2018 gehe es in Wasserbillig mit dem Europa- und Fährfest und der Elektro-Fähre weiter. Am 9. Mai 2018 finde im Rahmen der luxemburgischen Präsidentschaft der Großregion ein Jugendkolloquium in Luxemburg statt, um mit mehreren hundert Jugendlichen im grenzüberschreitenden Raum zusammenzuarbeiten.

Herrn Hoffmann sei ein Dank für Arbeit der EDIC auszusprechen. Am 12. April 2018 habe mit dem Europa Direkt Informationszentrum Kaiserslautern und Herrn Degen ein Bürgerdialog in Waldmohr stattgefunden, der sehr gelungen gewesen sei und in der Pfalz fortgesetzt werde. Dort hätten ein paar hundert Menschen im Rahmen eines World-Cafés abends mit verschiedenen Protagonisten über Europa in einer großen Themenbreite diskutiert: von der Harmonisierung der Pommes-Fett-Temperaturen bis hin zur Entsendeverordnung und Arbeitnehmerüberlassung. Zum Beispiel habe sich eine Person aus dem Rotarier-Verein über das Pommes-Fett aufgeregt, aber auch gesagt, überzeugter Europäer zu sein und für weniger Bürokratie und mehr für die Menschen in Europa zu kämpfen.

An vielen Stellen sei eine richtige Europa-Bewegung in Rheinland-Pfalz zu spüren, wofür allen gedankt werde, die sich auf den unterschiedlichen Ebenen einbrächten.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** bekräftigt, Abgeordnete seien im Rahmen der Europawoche vor Ort aktiv. Er selbst werde am folgenden Tag zum Thema Brexit in Landau und am 8. Mai 2018 zum Thema Rheinland-Pfalz und Europa mit den Schwerpunkten Frankreich und Italien in Gau-Algesheim sein. Diese Aktion ermögliche es auch den Abgeordneten, sich für Europa stark zu machen und einzusetzen.

**Punkt 3** der Tagesordnung:

**Ergebnisse der 76. Europaministerkonferenz der Länder am 15. Februar 2018 in Berlin**

Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung durch die Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales, Frau Staatssekretärin Heike Raab  
– Vorlage 17/3045 –

**Frau Staatssekretärin Raab** berichtet, die Europaministerkonferenz am 15. Februar 2018, die schon etwas zurückliege und deshalb nur schlagwortartig behandelt werden wolle, habe die Ministerpräsidentenkonferenz am 15. März 2018 vorbereitet. Es sei elf Jahre nicht in Brüssel getagt und versichert worden, dies wieder regelmäßig zu tun.

Folgende Themen seien besprochen worden: der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) und die Kohäsionspolitik nach 2020, die Zukunft der EU – die im Europaausschuss breit in der Anhörung diskutiert worden sei, weshalb darauf nicht tiefer eingegangen werden müsse – und die Zukunft des sozialen Europas und die Europäische Säule der sozialen Rechte, die angesichts der Ungleichgewichte beim Thema Fachkräftesicherung und Jugendarbeitslosigkeit ein wichtiges Thema in ganz Europa sei.

Zum MFR und der Kohäsionspolitik könne eine kurze Bewertung des vergangenen Tages vorgenommen werden. Bei der Ministerpräsidentenkonferenz im März habe EU-Kommissar Oettinger die Schwerpunkte vorgestellt. Im Vorfeld habe er viel dafür geworben, dass die europäischen Geberländer nach dem Brexit und ohne Großbritannien einen höheren Beitrag leisten sollten. Am vergangenen Abend habe er deutlich gemacht, Großbritannien werde die EU verlassen und die Folgen des Brexits müssten abgemildert werden. Viel mehr Aufgaben sollten in der nächsten Förderperiode als Gemeinschaftsaufgabe gelöst werden, weil viele Aufgaben nicht gut nationalstaatlich gelöst werden könnten. Beispiele seien die Asyl- und Migrationspolitik mit gemeinsamen Herausforderungen in Europa und der EU-Grenzschutz, zu dem Herr Oettinger klar gesagt hätte, die Außengrenzen sollten geschützt, aber nicht in Europa Grenzen aufgebaut werden. Außerdem sollten Fluchtursachen bekämpft werden. Das gehe leichter, wenn im Hinblick auf Afrika, das der nächstgelegene Kontinent hinsichtlich der Fluchtursachen sei und woher Menschen nach Europa strömten, im konzertierten Kreis der künftig 27 EU-Staaten vorgegangen werde.

Es stelle sich die Frage, wie der genannte Überbau geleistet werden könne. Neben Deutschland – am vergangenen Tag habe parallel die Einbringung des Bundeshaushalts in das Bundeskabinett stattgefunden – hätten sich Frankreich und weitere Nettozahler bereit erklärt, einen höheren Mittelansatz in ihren nationalen Haushalten vorzusehen. Für den alten MFR für 2014 bis 2020 seien rund 1,1 Billionen Euro veranschlagt worden. Der neue Vorschlag für den MFR für 2021 bis 2027 liege bei rund 1,3 Billionen Euro bei den jeweiligen Preisen, was bedeute, ohne Großbritannien bestehe ein höherer Mittelansatz. Die voraussichtliche Inflation sei in diese Zahlen eingerechnet.

Hinsichtlich der neuen Finanzperiode entspreche der MFR, der am europäischen Mehrwert ausgerichtet werden solle, 1,1 % des Bruttonationaleinkommens. Dieser Prozentsatz stelle eine moderate Anhebung gegenüber der alten Finanzperiode dar. Die EU der 27 werde 65 Millionen Bürgerinnen und Bürger – die gegenwärtige Population Großbritanniens – weniger umfassen. Trotzdem werde der Vorschlag für den MFR in absoluten Zahlen einen leichten Aufwuchs enthalten.

Dieser Vorschlag habe aus rheinland-pfälzischer Sicht in der ersten Bewertung Licht und Schatten. Das Licht stelle ein klares Bekenntnis zu den Gemeinschaftsaufgaben beim Thema Flucht und Migration und dem Schutz der Außengrenzen sowie zum Stärken des Zusammenwachsens in Europa dar. Die Mittel bei Erasmus+ und Horizont 2020, die Jugendausbildung und -austausch betreffen, würden sogar anwachsen.

Hinsichtlich des ESF-Rahmens werde es eine unterschiedliche Förderstruktur geben, da bei dem neuen ESF+ in neuen Haushaltskategorien unterschieden werde: Migration und Border Management, intelligentes und integratives Wachstum, Binnenmarktinnovation, Digitales, aber auch Zusammenhalt und Werte.

**20. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 03.05.2018**  
**– Öffentliche Sitzung –**

Im Vorschlag sei die Einführung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips vorgesehen. Ob es am Ende so beschlossen werde, müsse gesehen werden. Wenn gegen gewisse Grundsätze in der EU verstoßen werde und sich nicht an die gemeinsamen Beschlüsse wie bei der Verteilung von Migranten und die Rechtsstaatlichkeitsprinzipien – momentan sei ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen einen EU-Mitgliedstaat eröffnet – gehalten werde, dann sei die Argumentation der EU, der Rechtsweg müsse in jedem europäischen Land von unabhängigen Richtern durchgeföhrt werden. Förderanträge könnten auch beklagt werden, und bei einem fälschlichen Gebrauch von Fördermitteln müssten diese zurückgeföhrt werden. Deswegen seien das Rechtsstaatlichkeitsprinzip und die unabhängige Gerichtsbarkeit als Garant der Rechtsstaatlichkeit wichtig.

Der Schatten sei, dass die Kürzungen der Mittel im Bereich der Kohäsionsfonds und im Bereich der Agrarpolitik mit gewisser Sorge gesehen würden. Bei der Gemeinsamen Agrarpolitik werde man auf die Werte von 2011 zurückgeworfen: Das sei eine deutliche Kürzung, wenn die Inflationsrate eingerechnet werde. Die großen Veränderungen im Bereich der Landwirtschaft beträfen die Flächenländer in einem ganz anderen Maß als die Stadtstaaten. Bei der Europaministerkonferenz am 7. Juni 2018 und bei der Konferenz der Chefs der Staatskanzleien in der übernächsten Woche werde die Gelegenheit bestehen, darüber im Kreis der Bundesländer zu sprechen. Vonseiten der 16 deutschen Bundesländer werde sich noch für Verschiebungen eingesetzt werden.

Für den Bereich der Kohäsionsfonds sei der Aspekt der Sorge angesprochen worden, aber gerade für Rheinland-Pfalz sei positiv zu sehen, dass insbesondere der grenzüberschreitende Bereich gestärkt werden solle. Im Rahmen des EFRE würden mehr Möglichkeiten bestehen, da Großbritannien einer der Hauptnutznießer sei: In Liverpool und Manchester könne gesehen werden, wie etwa von EFRE habe profitiert werden können.

Weitere Kategorien seien Klima und Naturschutz. Ende Mai 2018 werde die EU-Kommission weitere Aspekte vorstellen und eine differenziertere Betrachtung der einzelnen Programme möglich sein. Deshalb werde vorgeschlagen, in der folgenden Ausschusssitzung vertieft zu berichten.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** weist auf die Aktualität hin, da Herr Oettinger am vergangenen Tag den mit Spannung erwarteten Finanzrahmen präsentiert habe. Nun folgten Diskussionen und unterschiedliche Bewertungen der Parteien. Zu hoffen sei, dass am Ende des Prozesses etwas in Gänze für Europa herauskomme.

*Der Ausschuss nimmt Kenntnis.*

**Punkt 4** der Tagesordnung:

**Allianz für eine starke EU-Kohäsionspolitik**

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/6023 –

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** legt dar, der Antrag könne aktueller nicht sein, da auch bei der Säule Kohäsion gespart werden solle, was Diskussionen auslösen werde. Deshalb sei es gut, wenn vonseiten des Landtags deutlich gemacht worden sei, dass diese Säule gerade hinsichtlich der Solidarität innerhalb von Europa sehr wichtig sei. Darüber hinaus sei die Kohäsionspolitik an vielen Stellen der Berührungspunkt der Bürgerinnen und Bürger mit Europa, wodurch am ehesten der zu generierende Mehrwert deutlich gemacht werden könne.

**Frau Abg. Scharfenberger** hält es nach den Neuigkeiten des vergangenen und diesen Tages besonders wichtig zu bekräftigen, dass die Kohäsionspolitik als eine der wichtigen Säulen der Europapolitik gesehen werde. Dadurch werde Europa vor Ort erfahrbar: nicht nur durch die Schilder, die zu den einzelnen Projekten angebracht würden, sondern es komme auch ein Nutzen bei den Bürgern vor Ort an. Durch den gemeinsamen Antrag werde die Allianz, die die Landesregierung für das Land unterschrieben habe, bestärkt, und der Landtag mache deutlich, wie wichtig sie auch für ihn sei.

**Herr Abg. Seekatz** führt an, die Idee zu diesem Antrag stamme von Frau Abgeordneter Meurer und sei beim vergangenen Arbeitsbesuch des Ausschusses in Brüssel entstanden, bei dem die Allianz vorgestellt worden sei. Insofern sei es wichtig, dass der Ausschuss regelmäßig nach Brüssel fahre. Den anderen Fraktionen werde für den gemeinsamen Antrag als richtigen Schritt in die richtige Richtung gedankt.

Es stelle sich die Frage, worauf es bei der Gemeinsamen Agrarpolitik hinauslaufe. Laut Frau Staatssekretärin Raab werde es in absoluten Zahlen einen Rückfall auf den Stand von 2011 geben bzw. habe Herr Oettinger einen Rückgang um 6 % bis 8 % angekündigt. In der Landwirtschaft herrsche diesbezüglich Verunsicherung.

**Frau Staatssekretärin Raab** erklärt, nach der ersten Draufsicht sei von niedersächsischer Seite das Zahlenniveau von 2011 errechnet worden, was eine Kürzung um 5 % bei den Direktzahlungen – erhebliche Einbußen – bedeute.

Nach der Bemerkung von **Herrn Abg. Seekatz** hinsichtlich eines Rückgangs größerer Betriebe insgesamt fährt **Frau Staatssekretärin Raab** fort, deshalb betreffe es Länder wie Niedersachsen im besonderen Maße. Es werde von rheinland-pfälzischer Seite nicht allein gestemmt werden können, sondern es müsse im Verbund geschaut werden. Das werde erfolgen, aber es werde Betriebe mit extensiver Landwirtschaft deutlich mehr betreffen als die etwas kleinteiligeren Strukturen in Rheinland-Pfalz.

Allein bei den Kohäsionsfonds seien in absoluten Zahlen 66 Milliarden Euro von 2014 bis 2020 vorhanden, und in der kommenden Förderperiode seien allein bei den Kohäsionsfonds 47,7 Milliarden Euro vorgesehen. Nach den ehrgeizigen Plänen von Herrn Oettinger solle es vor der Europawahl zum Abschluss gebracht werden. Beim letzten Mal sei zwei Jahre am Haushalt gearbeitet worden, aber momentan bestehe der berechtigte Wunsch nach mehr Planungssicherheit für alle und eines Endes im Frühjahr 2019, also bevor das Parlament neu konstituiert sei und die Kommission zu arbeiten anfangen habe.

Beim ESF stiegen die Beträge auch aufgrund neuer Fördertöpfe. Bei ELER würden die Beträge von 99,3 Milliarden Euro auf 78,8 Milliarden Euro sinken. Die Gelder für Erasmus würden von 14,8 Milliarden Euro auf 30 Milliarden Euro verdoppelt. Die Mittel für Horizont stiegen von 77 Milliarden Euro auf 97 Milliarden Euro.

Am vergangenen Tag sei angeklungen, das neue Europa nach vorne bringen zu wollen. Herrn Dr. Alkan und dem Team in Brüssel sei dafür zu danken, dort die Papiere am vergangenen Tag ausgewertet zu haben. Es müsse nun mit den Spiegelreferenten und den Ministerien im Detail durchgeschaut werden.



**Herr Vors. Abg. Hartenfels** merkt an, eine tiefere Analyse solle an diesem Tag nicht erwartet werden, sondern nun beginne der spannende Prozess, den der Ausschuss beobachten und begleiten sollte.

**Herr Abg. Lohr** legt dar, die AfD-Fraktion werde den Antrag ablehnen. Es würden immer mehr Erhöhungen stattfinden, und die Erhöhungen, um die Außengrenzen zu schützen, sollten laut Herrn Oettinger – absolut legitim – etwa 4 Milliarden Euro betragen. Hinsichtlich der zusätzlichen 8 Milliarden Euro – Deutschland sei schon das Land, das am meisten bezahle – und der Kohäsionspolitik – es sei vollkommen legitim und auch gut für Rheinland-Pfalz, wenn es Fördergelder bekomme – sehe es die AfD-Fraktion anders: Ein besserer Weg sei, nicht mehr Geld an die EU, sondern an die Länder zu geben und damit die strukturschwächeren Regionen zu stärken. Der Umweg über Europa werde kritisch gesehen.

**Frau Abg. Schmitt** bittet um Auskunft, warum die Problematik der AKWs mit ihrem Gefährdungspotenzial, etwa Tihange in der Großregion, auf europäischer Ebene nicht diskutiert werde. Es betreffe Millionen von Menschen in der EU, wenn es schiefgehe. Bei der Klagemöglichkeit sei resigniert worden. Es sei kein Thema, welche Möglichkeiten der Mitgliedsländer, außer den juristisch schwierigen Weg zu gehen, bestünden. Es bestehe eine breite überparteiliche Initiative in den Regionen, angefangen bei den Landkreisen und über die Städte.

**Frau Staatssekretärin Raab** erwidert, in einer der vergangenen Sitzungen des Ministerrats sei sich den Klagen gegen Tihange 1 sowie Doel 1 und 2 angeschlossen worden, und es habe schon entsprechende Anträge gegeben. Fessenheim werde abgeschaltet, aber Cattenom liege noch in der Region. Spürbar sei, dass es keine gemeinsame europäische Energiepolitik gebe.

**Frau Abg. Meurer** stimmt Frau Abgeordneter Schmitt zu, da insbesondere die Region Trier aufgrund ihrer Lage als erste betroffen sei.

Es werde nicht die Ansicht geteilt, einfach aufzugeben und nicht zu klagen, wenn wenig Aussicht auf Erfolg bestehe. In anderen Fällen werde auch weiter geklagt, wenn die Erfolgsaussichten nicht vorhanden seien.

In Europa sei es kein Thema, weil in Deutschland ein vollkommen anderes Verhältnis zur Atomkraft als in den restlichen europäischen Ländern bestehe. Die Franzosen hätten das Problem, dass aufgrund des hohen Prozentsatzes an dort gewonnener Atomenergie nicht von heute auf morgen umgestiegen werden könne. Es sei scheinheilig, die Franzosen für bessere Werte bei den negativen Ausstößen zu loben ohne zu sagen, dass dort die Energiegewinnung über die Atomkraft stattfinde.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** stellt beim Thema Atomkraft keine einheitliche Linie auf europäischer Ebene fest. Die Atomkraft werde etwa im Forschungsbereich von europäischer Seite nach wie vor gefördert und ausgebaut. In Ländern wie Deutschland, Österreich und Italien werde Atomkraft aufgrund des Gefährdungspotenzials – Atomkraft kenne als Energieträger keine Grenzen und ein Katastrophenfall hätte auf ganz Europa fürchterliche Auswirkungen – abgelehnt. Dieses Bewusstsein sei noch nicht in allen europäischen Ländern vorhanden.

Es stelle sich die Frage, was für die Weiterentwicklung dieses Bewusstseins in eine von Deutschland zu begrüßende Richtung getan werden könne. Eine Ebene sei, im Rechtsstaat über den Klageweg zu gehen. Die andere Ebene sei, über die Fraktionen des Europäischen Parlaments eine tragende Kraft zu entwickeln und die Absicht eines anderen Umgangs zu formulieren, damit sich auch in anderen Ländern zumindest mit einem mittelfristigen Ausstieg aus der Atomkraft beschäftigt werde. Jeder Abgeordnete könne für seine Fraktion als Aufgabe die Frage nach den Möglichkeiten im Europäischen Parlament, eine andere Richtung einzuschlagen, mitnehmen.

Aus seiner Sicht als energiepolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei die europäische Politik leider noch relativ weit davon entfernt. Ein erster Schritt wäre, Gelder aus dem Bereich Atomkraft, in den nach wie vor relativ viele europäische Mittel flössen, abzuziehen.

**Frau Staatssekretärin Raab** weist auf den Europaplan hin, der momentan erarbeitet und in der übernächsten Woche im Ministerrat besprochen werde. Es zeichne sich ab, dass eine Reform im Hinblick

**20. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 03.05.2018**  
**– Öffentliche Sitzung –**

auf Euratom gefordert werde, wobei es nicht ausreiche, dies im Europaplan stehen zu haben, sondern es müsse perpetuiert werden.

**Herr Landtagspräsident Hering** weist hinsichtlich der Partnerregion Burgund-Franche-Comté auf das Ziel hin, in Frankreich ein Bewusstsein dafür zu schaffen, aus der Atomenergie perspektivisch auszuweichen. Ein Aspekt sei, die Arbeit hinsichtlich erneuerbarer Energien zu intensivieren. Den in diesem Bereich tätigen Abgeordneten werde dazu bald eine Gegeneinladung in die Partnerregion für Juni 2018 zugehen.

*Der Ausschuss empfiehlt die Annahme (SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen AfD).*

**Punkt 5** der Tagesordnung:

**Europe Direct Informationszentrum (EDIC) Koblenz**

Konzept, Chancen und Herausforderungen

Referent: Oliver Hoffmann, Leiter des EDIC Koblenz

(Der Redner erläutert seine Ausführungen anhand einer PowerPoint-Präsentation)

**Herr Hoffmann** führt aus, das Europe Direct Informationszentrum Koblenz sei ein Netzwerk, dessen Träger die Stadtverwaltung Koblenz, Amt für Wirtschaftsförderung, sei. Es werde durch die Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission gefördert.

Das Informationszentrum bestehe seit 2009: Damals habe es die Empfehlung des Städtetags und auch aus dem Stadtrat gegeben habe, sich auf die neue Ausschreibung, die alle drei bis fünf Jahre erfolge, zu bewerben. In Rheinland-Pfalz habe es zu dem Zeitpunkt drei Informationszentren in Rheinland-Pfalz gegeben: in Trier bei der IHK, bei der nur noch das Enterprise Europe Network als Informationszentrum für Unternehmen bestehe, in Kaiserslautern und damals noch in Ingelheim bei der Fridtjof-Nansen-Stiftung für ehrenamtliche Ausbildung. Deswegen sei eine Bewerbung aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz eine gute Ergänzung gewesen und habe auch den Zuschlag bekommen. Das Informationszentrum in Koblenz, das für Bürger zuständig sei, decke den Norden von Rheinland-Pfalz mit ungefähr 2 Millionen Einwohnern – eine überdurchschnittliche Anzahl für ein Gebiet – und Kaiserslautern den Süden ab.

Die offizielle Aussage laute: „Haben Sie Fragen zur EU? Wir können Ihnen helfen.“ Es werde sich nicht zu Politik und Stellungnahmen der EU geäußert. Es würden keine Beschwerden bearbeitet und auch nicht weitergeleitet. Es könnten dafür Ansprechpartner genannt werden. Das Problem sei immer, die EU stelle ein sehr breites Feld dar, und von Generalisten werde erwartet, auf alles Antworten zu haben, die gar nicht gegeben werden könnten. Er selbst sei Stadtplaner und habe EU-Projekte gemacht: Europe Direct sei im Bereich der Wirtschaftsförderung angesiedelt worden, da diese schon mit EU-Fragen betraut gewesen sei.

Hinsichtlich des Netzwerks bestünden 46 EDICs in Deutschland; im Jahr 2013 seien es noch 59 EDICs gewesen. Die Anzahl sei reduziert worden, sodass jedes einzelne EDIC mehr Fördergelder habe abrufen können. Die Gesamtanzahl sei aber mit fast immer noch 500 EDICs in ganz Europa gleich geblieben. In Europa stehe kostenfrei die Rufnummer 00 800 67 89 10 11 in jeder Amtssprache zur Verfügung. Das Selbstverständnis sei, sich als Schnittstelle zwischen EU und Bürger auf der lokalen Ebene zu begreifen. Es sei etwas widersprüchlich, da nun weniger in die Fläche hineingegangen werden könne, wenn es weniger EDICs gebe.

Aufgaben seien, die EU-Debatte durch Veranstaltungen zu fördern, Ansprechpartner zu sein und dies in der Öffentlichkeit zu zeigen, Informationen – überwiegend Material – zu verbreiten sowie eine Beratungs- und Informationstätigkeit als Generalist, vor allem in der Fördermittelberatung.

Die Europäische Kommission sei in jedem Land und in Deutschland aufgrund von 80 Millionen Einwohnern dreimal durch Regionalvertretungen präsent. Der Vertrag bestehe mit dem Hauptsitz in Berlin, die Verwaltung sitze in München und für die Arbeit vor Ort existiere Unterstützung aus Bonn mit der ältesten Vertretung der Kommission in Europa.

Zum Netzwerk gehöre das Team Europe, ein Rednerdienst, zu dem eine enge Verknüpfung bestehe. Auf die Redner – Experten aus verschiedenen Bereichen – könne kostengünstig für Vortragsveranstaltungen zurückgegriffen werden. Berlin sei dort sehr stark vertreten und Rheinland-Pfalz mit Herrn Schaumann, der an der Fachhochschule sei und Herrn Christ, der sein Büro beim Europa-Punkt in der Regionalvertretung in Bonn habe. Im Hinblick auf Veranstaltungen sei die Kostenübernahme für Anreise und Übernachtung schwierig, weshalb man froh über die beiden Redner in Rheinland-Pfalz sei.

In den Europäischen Dokumentationszentren – zwei in Trier und eines in Speyer –, die in der Regel bei Bibliotheken und insbesondere Universitätsbibliotheken angesiedelt seien, stünden alle Veröffentlichungen der EU zur Verfügung.

**20. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 03.05.2018**  
**– Öffentliche Sitzung –**

Europe Direct Koblenz habe seinen Sitz zunächst im Rathaus gehabt und sei nach einer Umstrukturierung der Verwaltung in repräsentativere Räume am Zentralplatz gezogen. Personen kämen selten mit einer Frage vorbei, sondern meldeten sich per Telefon oder E-Mail. Kleinere Veranstaltungen und Besprechungen könnten dort stattfinden. Ansonsten werde auf den Rathaussaal zurückgegriffen. Von den zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern machten Manuel Neuneier, stellvertretender Amtsleiter, und er die Europaarbeit, die mehr als Europe Direct umfasse.

Die Förderung laufe über Module, die im Vorfeld bei der Bewerbung beantragt werden müssten. Dazu gehörten als zentrale Kommunikationsaktivitäten das Ansprechpartnersein, die Räumlichkeiten und die Versendung von Materialien. Der Teil der Veranstaltungen betreffe eigene Veranstaltungen sowie die Teilnahme an Veranstaltungen, wofür jeweils Pauschalbeträge mehrfach genommen werden könnten. Laut Kalkulation beliefen sich die Gesamtkosten auf 75.000 Euro, überwiegend Personalkosten, wofür eine Förderung erhalten werde. Die Förderung mache der Erfahrung nach 30 % bis 40 % aus, sei also nicht so hoch und stelle nur eine Kofinanzierung dar.

Die ähnliche vorherige Förderung habe das Grundangebot mit einer Geldsumme nach Stundenanzahl, Kommunikationsmitteln, der Website, sozialen Netzwerken und Veranstaltungen – Teilnahme und Organisation für Zielgruppen und Öffentlichkeit – umfasst. Bei den sozialen Netzwerken sei es ein Problem gewesen, dass die Kommune eine Facebook-Seite habe betreiben können, ohne in Kommunikation treten zu dürfen, was mittlerweile technisch umgesetzt worden sei.

Hinsichtlich der Veranstaltungen sei es teilweise problematisch gewesen, dass Kommunikationsaktivitäten vorgegeben worden seien. Es kämen aber beispielsweise wenig Interessierte zum Thema Eurokrise. Dagegen sei bei einer Veranstaltung zum Thema Populismus im Vorfeld der ENF-Tagung – mit Moderation vom SWR, Professor Leggewie und Professor Decker und über 200 Teilnehmern – der Koblenzer Rathaussaal sehr voll gewesen. Wenn viele Menschen erreicht werden müssten, mache eine Krise die Arbeit gewissermaßen leichter. Nunmehr stehe allerdings die Qualität und nicht mehr die Quantität im Vordergrund, was es einfacher mache: Im Antrag sei festgehalten, welche Veranstaltungen gemacht werden wollten und wie hoch die Gelder dafür veranschlagt würden.

Im alten Verfahren habe die maximale Fördersumme insgesamt 25.000 Euro betragen. Nun könne viel mehr beantragt werden, wobei es in Rheinland-Pfalz ungefähr gleich geblieben sei. Es habe nicht in Konkurrenz getreten werden wollen, weil sich abgezeichnet habe, dass ca. 15 % der EDICs wegfielen.

Die Verwaltung erfolge über eine Plattform, auf die die Veranstaltungsberichte etwa mit der erreichten Personenanzahl eingestellt würden. Diese alle paar Jahre neu ausgeschriebene Plattform werde immer schlechter: Die seit 1. Januar 2018 bestehende Plattform funktioniere immer noch nicht, und der Netzwerkgedanke, die Kommunikation zwischen den EDICs, sei ganz abgeschafft worden. Der Austausch der EDICs untereinander, etwa Aufrufe für Projekte, finde über das Intranet statt.

Es bestehe ein zweiter Standort am Bürgeramt mit ungefähr 100.000 Besuchern pro Jahr, an dem mit einem großen Monitor für sich selbst geworben werde. Ein weiterer Standort befinde sich in der Stadtbibliothek, in der der Öffentlichkeit ein Internetzugang zur Verfügung gestellt werden müsse. Dort habe es auch einen Multimediatisch gegeben.

In den beiden vorhandenen Lagern befänden sich Materialien zur Funktionsweise der EU und etwa das Weißbuch. Der Erfahrung nach seien einfache Erklärungen und Informationen für Jugendliche und Schülerinnen und Schüler sehr gut, weil sie Lehrer in ihren Unterricht einbrächten. Bei den Schulen sei es sehr wichtig, die engagierten Lehrer mit Materialien unterstützen zu können. Materialien in einfacher Sprache könnten auch für Migranten interessant sein.

Nach der Frage von **Herrn Abg. Seekatz** nach der Anzahl von Anfragen von Schulen fährt **Herr Hoffmann** fort, dies sei sehr unterschiedlich: Im Mai bestünden mehr Anfragen, weil Europa in vielen Schulen thematisiert werde, und in den Ferien seien es weniger. Insgesamt kämen von ungefähr 100 Schulen immer wieder einmal Anfragen. Die ersten und relativ viele Anfragen seien aus dem Westerwald gekommen, dann sei die Eifel dazugekommen, und im Hunsrück bestehe wenig Interesse. Den Schulen würden verschiedene Veranstaltungen angeboten, wobei der Rücklauf sehr schlecht sei. In Koblenz gebe es mit dem Hilda-Gymnasium und dem Gymnasium auf dem Asterstein zwei Europaschulen, in

**20. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 03.05.2018**  
**– Öffentliche Sitzung –**

denen immer Veranstaltungen gemacht werden könnten. Aus anderen Schulen komme die Rückmeldung, Europa passe nicht in das Profil der Schule.

Wesentlich seien die Infostände, die auf Stadtfesten in der Region, beispielsweise Andernach, angeboten würden, wofür diesbezügliche Anfragen wichtig seien. Erfreulich sei, wenn dafür Kooperationspartner gefunden werden könnten. In der Region, vor allem der Eifel, sei die Europa-Union als Ergänzung wichtig. Oftmals bestünden auf solchen Festen Europa-Ecken. Besonders wichtig seien die Materialien für Kinder, da die Hemmschwelle etwa durch Kinderbücher behoben werden und auf diese Weise mit den Eltern ins Gespräch gekommen werde. Ehrlicherweise käme niemand, wenn dort nur Materialien zu wirtschaftspolitischen Fragen lägen. Außerdem würden Praktikanten dafür eingebunden. Im Löhr-Center habe eine Woche lang ein Infostand gestanden. Zur Europawahl habe es eine Bühne gegeben und beginnend in diesem Jahr sowie vor allem im nächsten Jahr werde etwas überparteilich zur Europawahl gemacht. Oftmals seien es auch Innenstände, zum Beispiel im Koblenzer Rathaus, in dem von der EU-Kommission eine Wand zur Verfügung gestellt worden sei. Beim EU-Bürgerdialog in Mainz im Jahr 2017 seien viele Infostände zu Europa vorhanden gewesen, weshalb sich bei den Materialien gut ergänzt werden müsse.

Einmal im Jahr, Anfang Juni 2018 in Worms, sei Europe Direct beim Rheinland-Pfalz-Tag im Europazelt mit der Landesvertretung und der Europa-Union zusammen präsent. Mit geballter Kraft sei es einfacher, da vielleicht die Landesvertretung mehr Materialien und schöne Werbegeschenke habe.

Pulse of Europe werde eher als Privatmenschen und ab und zu als Europe Direct unterstützt und finde in Koblenz mittlerweile einmal im Monat statt.

Des Weiteren fänden Diskussions- und Informationsveranstaltungen statt, etwa zusammen mit der Atlantischen Akademie und Dr. Sirakov und einem Vertreter der Generaldirektion Finanzen der Europäischen Kommission als Redner. Für die Redner werde nichts bezahlt, aber manchmal werde es doch geteilt.

Ingo Espenschied veranstalte Live-Dokumentationen auf der Bühne, und mit ihm werde gern für Veranstaltungen, auch zweisprachig, in Schulen zusammengearbeitet, zum Beispiel in einer Europaschule mit Franzosen zum Thema 100 Jahre Erster Weltkrieg.

Veranstaltungen fänden nicht nur im Rathaussaal, sondern auch im kleineren Rathaussaal in Koblenz mit 20 bis 30 Teilnehmerinnen statt, zum Beispiel zum Thema Brexit, wozu oftmals Lehrer kämen. Mit der Zeit werde ein Gefühl dafür entwickelt, für welches Thema wie viele Personen kämen.

Weitere Beispiele seien ein interaktiver Workshop mit einem englischen Referenten in einer Schule und eine Veranstaltung in der IHK zum Thema TTIP mit einem Redner vom Team Europe. Manchmal seien es auch besondere Orte wie ein Europafest in einer Kirche. Besonders gut sei die Bundesgartenschau gewesen, während der gemeinsam mit der Landesvertretung eine Woche lang eine Bühne bespielt worden sei. Manchmal würden Touren mit einem Bus gemacht und Förderprojekte gezeigt, was bei ESF-Projekten, die nicht so gut wie ein EFRE-Projekt gezeigt werden könnten, schwieriger sei.

Regionale Netzwerktreffen von Europe Direct fänden mindestens einmal im Jahr auf Einladung der Regionalvertretung in Bonn mit Schulungen und Austausch und ca. 40 Teilnehmern statt. Einmal im Jahr gebe es ein nationales Treffen der 46 EDICS, des Team Europe und den Dokumentationszentren mit 100 Teilnehmern. Internationale Treffen mit ungefähr 500 Personen und Übersetzung in mindestens drei Sprachen fänden einmal im Jahr statt: früher an verschiedenen Orten in Europa, nun falle jedes zweite Treffen aus oder finde aus Kostengründen in Brüssel statt. Zusätzlich gebe es Seminare.

Ein weiteres Aufgabenfeld seien die Beratung und Ersteinschätzung zu EU-Fördermitteln. Für einen Überblick würden Seminare durch externe Referenten oder teilweise selbst gehalten. Der Erfahrung nach sei die Enttäuschung bei Einführungsveranstaltungen oft groß, weil jeder eine Idee für eine Förderung habe, aber die erwünschte konkrete Antwort nicht gegeben werden könne, weil dafür in die einzelnen Programme geschaut werden müsse.

Zudem würden EU-Projekte der Stadt koordiniert, zum Beispiel INTERREG IVC, URBACT, LEADER und – wenn es noch einmal mehr Geld gebe – Erasmus. Selten finde Erasmus-Austausch mit Auszubildenden oder den Ausbildern vonseiten einer Stadtverwaltung statt. Die Stadt Bonn habe ein großes Programm aufgelegt, und nur drei Städte in ganz Deutschland nähmen an Erasmus teil. Es handele sich um lebenslanges Lernen und berufliche Bildung. In Kommunen sei oftmals das Problem, die Entscheider gehörten einer Generation an, die nicht fremdsprachenaffin sei. Ideen seien, Ausbilder ins deutschsprachige europäische Ausland zu schicken, zum Beispiel Feuerwehrleute zur Bergrettung nach Österreich. Hinsichtlich des Grünflächenamts könnten spanische Verhältnisse zeigen, mit Trockenheit umzugehen.

Ein URBACT-Projekt zur Stadtplanung und militärischen Konversionsflächen, eine alte preußische Festungsanlage, sei fertig, und es gebe einen Aktionsplan für eine Umsetzung. Mit dem Ergebnis des URBACT-Projekts könne aber nicht an EFRE-Mitteln des Landes angedockt werden. Eine Verbindung wie ein Bonus oder Abstimmungen, um leicht an EFRE-Mittel heranzukommen, würde dort sehr helfen. Als Anregung sei zu sagen, zwischen den Programmen bestünden manchmal keine Verknüpfungen, wodurch eine vorhandene Dynamik ins Stocken gerate.

Internationale Treffen bestünden auf der Projektebene, etwa mit der Partnerstadt in Spanien zum Fort Asterstein, einer alten preußischen Anlage in Koblenz. Durch die transnationale Arbeit könne gelernt werden, wie die Menschen tickten. In den EU-Programmen sei wichtig, dass der europäische Gedanke gelebt werde und man sich kennenlerne.

Aktuell fänden mit verschiedenen Partnern die Koblenzer Wochen der Demokratie mit 60 Veranstaltungen aus dem Anlass 70 Jahre Rittersturz-Konferenz statt, und daraus solle eine Veranstaltungsreihe ungefähr im Mai jedes Jahres gemacht werden. Vonseiten des EDIC würden sechs Veranstaltungen stattfinden, darunter mit Herrn Espenschied, zum Brexit, in Schulen zu Fake News und Manipulation im Rahmen von Medienkompetenz gemeinsam mit dem SWR und eine Ausstellung zu den Römischen Verträgen.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** bemerkt, die Herausforderung sei, den Anknüpfungspunkt zu finden, um die Menschen für Europa zu begeistern. Das Problem sei nicht, zu wenige Informationen zu einem bestimmten Themengebiet zu haben, sondern sie aus der Informationsflut so zugespielt anbieten zu können, dass tatsächliches Interesse geweckt werde, zielsicher zugegriffen werden könne und Hilfestellung für den nächsten Schritt geleistet werde. Zu fragen sei, was sich im Vergleich zum Beginn im Jahr 2009 verändert habe, um an den Menschen dranbleiben zu können.

**Herr Hoffmann** erwidert, dranbleiben bedeute, sichtbar zu sein. An Infoständen passiere es durchaus, beschimpft zu werden. Darüber hinaus müssten für die Menschen interessante Themen gesucht und provokante Titel gewählt werden. Manchmal sei auch der Zeitpunkt entscheidend. Das Lager der Europabefürworter und Europaskeptiker bleibe hinsichtlich der Größe gleich. Es könne nur versucht werden, möglichst früh einen selbstverständlichen Umgang mit Europa zu erzeugen, aber jemanden zu überzeugen sei sehr schwer. Dafür sollte in den Schulen mehr die Neugierde der Jugendlichen genutzt werden.

Erfreulicherweise würden Programme wie Erasmus aufgestockt, die abgesehen von Regionalförderung am wichtigsten seien. Selbst der ESF-geförderte Arbeitslose wisse nicht unbedingt, dass er von der EU gefördert werde, aber Erasmus mache es bewusst.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** möchte wissen, inwiefern in Hinführung zur Europawahl im Jahr 2019, angesichts derer von einem höheren Interesse auszugehen sei, Schwerpunkte vorgenommen würden. Wie angesprochen seien bei europapolitischen Debatten beispielsweise zum Populismus, einem momentan in der Gesellschaft virulenten Thema, auf einmal 200 Teilnehmer zu verzeichnen.

**Herr Hoffmann** legt dar, es werde mit Erstwählern und Fake News angefangen. Der Brexit habe gezeigt, Massenmedien und soziale Medien wirkten beeinflussend, weshalb Medienkompetenz gefördert werden müsse.

Es sei schwierig, den Nichtwähler zu mobilisieren. Ein Regentag könne die Wahlbeteiligung beeinflussen.

**20. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 03.05.2018**  
**– Öffentliche Sitzung –**

Die Aufgabe sei, immer nach vorn zu gehen, wofür man auch geschult werde. Allerdings sei es manchmal schwer, die Errungenschaften Europas in den Vordergrund zu stellen und ins Bewusstsein zu rufen, dass es sich zum Beispiel um ein demokratisch gewähltes Parlament handele. Es sei auch schwierig, wenn dahinter keine Gesichter stünden.

**Frau Abg. Schmitt** bittet um Anregungen, was seitens des Ministeriums für Bildung etwa in der Lehrerbildung verstärkt werden solle, damit die Bereitschaft größer werde, in den Schulen – auch in denen, die nicht Europaschulen seien – das Thema Europa zu vermitteln.

**Herr Hoffmann** weist auf den zwei- bis viermal jährlich tagenden Arbeitskreis Europa der Landeszentrale für politische Bildung unter der Leitung von Dr. Otto Schmuck hin. An dem Arbeitskreis werde teilgenommen, könne sich auch vonseiten der Abgeordneten gewandt werden und in ihm werde die Lehrerbildung ab und zu thematisiert.

Lehrer hätten fünf Fortbildungen, und man könne froh sein, wenn ein Lehrer ein bis zwei Fortbildungen nutze. Fortbildungen fänden zudem in der Schulzeit und nicht in den Ferien statt. Im Lehrprogramm sei Europa sehr wenig und noch nicht einmal in jeder Altersstufe vertreten. Deshalb sei man auf engagierte Sozialkundelehrer angewiesen, und manchmal gebe es auf Projekttagen Querverknüpfungen zwischen den Fachbereichen, an denen zu Europa gearbeitet werden könne.

**Punkt 6** der Tagesordnung:

**„think Europe“**

Geschichte, Konzept und Leistungen der Bildungsstätte Stiftung

„Europa-Haus Marienberg“

Referenten: Karsten Lucke und Anselm Maria Sellen

(Die Redner erläutern ihre Ausführungen anhand einer PowerPoint-Präsentation)

**Herr Lucke** führt aus, das Europa-Haus Marienberg sei einerseits eine altherwürdige Bildungsstätte und stelle sich auf der anderen Seite der Herausforderung der Bildung im 21. Jahrhundert. Es sei das älteste Europa-Haus, damit das Stammhaus und im Jahr 1951 gegründet worden. Laut Anekdote sei sich die alte Landratsvilla kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gegriffen worden, weil gesagt worden sei, es dürfe nicht wieder geschehen, was in der Zeit des Nationalsozialismus passiert sei. Deshalb brauche es eine Stätte der Begegnung und einen Ort, an dem Europäerinnen und Europäer zusammenkämen.

Die Idee habe sich über viele europäische Länder multipliziert, sodass es heute in Deutschland viele Europäische Akademien, Europa-Häuser oder Einrichtungen unter einem anderen Namen gebe, in denen das Kerninteresse bestehe, das europäische Thema in den Bildungsmittelpunkt zu stellen.

Mitte der 1970er Jahre, als das Europa-Haus Marienberg kurz vor der Pleite gestanden habe, sei dem damaligen eingetragenen Verein das Land zur Seite gesprungen und die Stiftung gegründet worden. Im Stiftungsrat sei qua Amt die Staatssekretärin bzw. der Staatssekretär des für Jugend zuständigen Ministeriums Vorsitzende. Herr Hofmann-Göttig, der einstige Koblenzer Oberbürgermeister, sei auch Stiftungsratsvorsitzender gewesen. Es handele sich um das Äquivalent des Aufsichtsrats einer AG. Die Zusammensetzung des Stiftungsvorstands sei bereits vorgestellt worden. Laut Stiftungssatzung gebe es noch einen Programmrat aus Menschen, die dem Haus – nicht hauptamtlich, um den Hauptamtlichen neuen Input bereitstellen zu können – nahe stünden.

Das Europa-Haus bestehe aus der alten Villa Europa, der erwähnten Landratsvilla, dem Neubau mit dem Gästehaus und dem sogenannten Gebäude Büchting mit einer zusätzlich angemieteten Etage.

Hinsichtlich des Umfangs stünden 62 Zimmer mit maximal 127 Betten zur Verfügung, sodass eine gewisse Kapazität vorhanden sei. Es müsse auch so bewirtschaftet werden, dass am Ende des Jahres eine schwarze Null stehe. Es handele sich um eine gemeinnützige Stiftung; nichtsdestotrotz müssten dem Vorstand Zahlen vorgelegt werden. Darüber hinaus gebe es zehn bis zwölf Seminarräume. Man habe 15.000 Teilnehmertage, die 4.000 realen Menschen entsprächen. Davon seien ein großer Anteil deutsche Gäste, wovon wiederum rund 50 % aus Rheinland-Pfalz kämen. Es seien rund 10 % Europäerinnen und Europäer.

Die institutionelle Förderung durch das Land betrage 142.600 Euro, sei nicht inflationsbereinigt und werde schon seit zehn bis 20 Jahren unverändert und im Quartal gezahlt. Es gebe aber noch andere Fördergeber. Insgesamt belaufe sich das Haushaltsvolumen auf 1,1 Millionen Euro.

Die Tätigkeiten seien sehr vielfältig, und der Markenkern, der sich durch die vergangenen Jahrzehnte ziehe, liege auf der europäischen Jugendbildung unter dem großen Dach der politischen Bildung. Die Grundlagenseminare seien hauptsächlich für LandesKinder – also rheinland-pfälzische Schulen jeglicher Schularten von der Grundschule bis zum Gymnasium – und liefen über drei bis fünf Tage mit bis zu ganzen Klassenstufen von 100 bis 120 Personen, die auf verschiedene Seminare verteilt würden.

Ziel sei eine Grundsensibilisierung und zu verstehen, was Europa überhaupt sei, wie es funktioniere, was es einem bringe und ob die Mythen und Vorurteile stimmten. Dies geschehe ohne Indoktrinierung und – was es zu betonen gelte – ohne zu sagen, Europa sei toll und es gebe keine Alternative. Es müsse schon mit Kontroversitäten gearbeitet werden, und je kontroverser es sei, desto spannender seien die Seminare. Junge Menschen sollten sich selbst mit Unterstützung eine Plattform erarbeiten, um sich eine eigene politische Meinung zu bilden.

Diese Seminare umfassten die europäische Grundlagen, die erfasst werden müssten, um in Europa mitdiskutieren zu können: Institutionen, die Verträge und die Erweiterungsschritte, Europa hautnah und



**20. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 03.05.2018**  
**– Öffentliche Sitzung –**

Vorkommen im Alltag. Wenn einem 16-Jährigen erzählt werde, er dürfe eine Woche nach Marienberg im Westerwald mit 6.000 Einwohnern fahren, wo es um politische Bildung gehe, dann sei die Motivation meistens gering. Das sei ein gesellschaftliches Abbild, weil Europa sehr komplex sei.

Das Europa-Haus sei weder Schule noch Universität: Es wolle kein Expertenwissen erzählt werden, da die bittere Erfahrung gemacht worden sei, dass dies nicht funktioniere. Deswegen sei vor vielen Jahren angefangen worden, von der politischen Bildung – wie sie in Deutschland immer noch in Teilen formuliert werde – mehr den Schritt zur non-formalen Bildung zu machen. Das Involvieren und Aktivieren der Jugendlichen solle erreicht werden, um einen nachhaltigen Bildungseffekt zu erzielen, was ehrlicherweise nicht bei allen aus den verschiedenen Gründen gelinge.

Die Art, wie es angegangen werde, funktioniere, auch wenn die Inhalte die gleichen blieben. Es müssten einmal die Institutionen verstanden worden sein und warum die Europäer nach dem Zweiten Weltkrieg endlich den anderen Schritt gegangen seien und auf diesem Kontinent kooperierten. Schlagworte zu den Bildungsprojekten seien Digitale Bildung, Virtual Reality, EDU-Larps, Mobiles Lernen, Kreativitätsworkshops und Politiksimulationen. Diese methodischen Ansätze dienten dazu zu vermeiden, vorne zu stehen und zu erzählen. Das müsse im Nachhinein gemacht werden, aber es gehe darum, Jugendliche in Bildungs-, Lern- und Reflexionsprozesse hineinzubekommen, um sich die europäische Grundlagenbildung anzueignen.

Im Hinblick auf die non-formale Herangehensweise werde an einem ersten europäischen Seminartag europäische Geschichte in einem abgedunkelten Raum mit vielen umgestoßenen Stühlen, vor denen Materialien lägen, gelernt: ohne zu wissen, dass es um Europa gehe, würden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Situation nach 1945 hineinkatapultiert und müssten ihr eigenes Land – einen Haufen umgestoßener Stühle – aufbauen. Sofort setze der Wettbewerb ein, jeder arbeite für sich, jeder wolle sein eigenes Land voranbringen, Ressourcen würden nicht geteilt, regelmäßig breche Krieg aus, weil sie sich untereinander nicht kennten und akzeptierten. Nach diesem spielerischen Schritt werde kurz nach den zentralen Bausteinen europäischer Nachkriegsgeschichte recherchiert, es in Verbindung gebracht und gesehen, was die Europäer in der Realität und die Teilnehmer gerade gemacht hätten, die wie seit Jahrhunderten gescheitert seien. Dann setze ein Prozess an, dass zum Ziel nicht allein gekommen worden sei, aber wenn mit den anderen zusammengearbeitet worden wäre.

Bei Institutionenkunde müsse sich zum Beispiel durch Rätsel erarbeitet werden, eine Kiste, in der das Endergebnis enthalten sei, mit vielen Schlüsseln öffnen zu können. Bei Kreativitätsworkshops könnten es Videos oder Kreideprojekte sein, es interaktiv sein und Gruppen etwas zusammenfassen, um sich den Themen zu nähern und an die Fakten heranzukommen.

Ein Klassiker seien Planspiele mit dem Setting einer Ausschusssitzung: eine Tischanordnung in U-Form mit Abgeordneten, Kommissaren und Ländervertretern, die Politik simulierten, indem Teilnehmer etwa auf einmal italienischer Außenminister, deutscher Bundeskanzler oder EU-Kommissionspräsident würden. Aus der Vogelperspektive hätten sie vorher vielleicht verstanden und ein bisschen aufgenommen, dass es eine Kommission, ein Parlament und zwei ungefähr gleichnamige Räte gebe. In der Simulation müssten sie das Machtdreieck selbst erleben und Kompromisse erreichen. Das Planspiel führe zu einem tieferen Verständnis generell von Politikprozessen.

Die dargestellten Seminare würden mit deutschen Schulen – hauptsächlich rheinland-pfälzischen, wenigen aus Hessen und Baden-Württemberg und ab und zu aus Nordrhein-Westfalen – durchgeführt. Das Europa-Haus sei aber schon immer ein Haus der Begegnung in dem Sinne, Europa nicht nur zu erklären, sondern es auch zu erleben. Mit Polen, Litauern, Türken oder Spaniern sei noch einmal ein anderes Lernerlebnis zu haben.

**Herr Sellen (Studienleiter im Europa-Haus Marienberg)** berichtet über bi- und trinationale Projekte, im interkulturellen Kontext werde sich deutlicher von der Vermittlung europäischer Grundlagen gelöst. Mit Partnern auf Länderebene und europäischer Ebene bestünden andere Möglichkeiten, anderes Storytelling zu machen, und das beginne mit sehr disruptiven Momenten.

Ein Projekt, das am vergangenen Tag von der Nationalagentur von „Jugend in Aktion“ genehmigt worden sei, heiße Zombieland, eine Weiterentwicklung eines Zombie-Projekts von vor anderthalb Jahren. Das Storytelling sei, die Zombie-Apokalypse habe stattgefunden, Menschen gebe es nur noch wenige,

das politische System liege darnieder und niemand habe eine Idee, wie Dingen begegnet werden könne. Aus dieser sehr dystopischen Betrachtungsweise des Kontinents und des Lebens würden über sieben Tage Fähigkeiten entwickelt, die einen in die Lage versetzen sollten, Gesellschaft und Politik neu zu denken, sich selbst im Verhältnis zu seinem Nebenmann neu zu denken – inwiefern der Zombie-Virus Teil von einem selbst sei –, wer einen bestimme, wie frei man in seinem Denken und Handeln sei, was das Schulsystem und die Eltern mit einem machten und inwieweit das Leben schon vorgezeichnet sei.

Es firmiere unter dem Begriff transformative Prozesse, und die schon von Herrn Lucke dargestellte Methodik solle nicht um ihrer selbst willen verwendet werden, wie es häufig in den Schulen der Fall sei: Digitale Bildung werde dort gemacht, weil sie bunt und schön sei und keiner wisse richtig, wie mit einem Whiteboard umgegangen werde. Es solle vielmehr immer das Ziel sein, mündige Bürgerschaft, Identitätsfindung, Persönlichkeitsentwicklung und Soft-Skill-Entwicklung zu betreiben. Im Rahmen formaler Bildungssysteme passiere dies in der Schule maximal als Nebenprodukt und dann vielleicht eher als Unfall. Empathieförderung, Resilienzfähigkeit und Ambiguitätstoleranz seien große Worte, die bestimmt in den Lehrplänen ständen, aber die Schule sei mit dem zurzeit formulierten Auftrag nicht der richtige Ort, um dies zu erreichen. Als Hybrid – weder Schule noch Universität – sei das Europa-Haus viel eher und viel flexibler in der Lage, sich damit wirklich auseinanderzusetzen.

Bei dem Zombie-Storytelling gehe es darum, jeden Tag unter ein Thema zu stellen wie Mut, Empathie, Ambiguitätstoleranz und das Aushalten von nebeneinanderstehenden Wahrheiten gerade in Zeiten des Internets. Letzteres sei ein sehr schwieriges Thema sei und einer der Softskills, den diese Generation auf jeden Fall brauche, um sich nicht nur in dieser Welt, sondern auch in der verbundenen Welt sicher bewegen zu können und nicht Fake News anheimzufallen.

Virtual Reality schrieben sich momentan viele auf die Fahnen, meist mit einem akademischen und nicht nutzerorientierten Ansatz. Hinsichtlich der Frage, wer schon einmal durch eine Brille im Rahmen von Virtual Reality gesehen habe, berichtet **Frau Charbonnier (Referentin in der Staatskanzlei)** von einem Rundgang durch das Europäische Viertel mit dem Europäischen Parlament als einer interessanten und spannenden Erfahrung. Das Gleichgewicht sei ein bisschen ins Schwanken gekommen, aber dies sei eine Frage der Gewöhnung. Es sei ein völlig neues Konzept, mit dem Blick der Augen etwas ansteuern zu können, da sonst nur mit der Maus geklickt oder ein Touchpad genutzt werde.

**Herr Sellen** fährt fort, daran schließe sich eine große philosophische Diskussion mit der Frage an, ob virtuelle Realität eine Realität sei, weil sie erlebt werde. Es sei auch Medienkompetenz, sich mit solchen Medien gerade im Bildungsbereich auseinanderzusetzen, da es sonst andere erfolgreich täten. Es gebe Studien, für die Menschen eine solche Brille aufgehabt und Cola getrunken hätten und nachher hätten sie Lust auf Cola. Dieses immersive Medium, in das Menschen durch den ganzen Körper eindringen, wirke nicht nur kognitiv, sondern auch mit Emotionen im Körper.

Das Europa-Haus sei die erste Bildungseinrichtung, die Virtual Reality zu Bildungszwecken einsetze, um Empathieförderung zu gestalten sowie Erfahrungen und Interaktionen in einem Raum, den es eigentlich nicht gebe, zu nutzen, um solche Soft Skills weiterzuentwickeln. Virtual Reality sei ein sehr überwältigendes Medium, bei dem immer im Blick sei, dass die Trainer damit umgehen und Prozesse auffangen, halten und auflösen könnten, um Erlebtes auch zu Bewusstsein werden zu lassen.

Im Hinblick auf die dahintersteckende Innovation werde in zwei großen internationalen Projekten mit sechs bis acht daran beteiligten Ländern und auch mit der Universität zu Köln zusammengearbeitet. In der Universität zu Köln werde sich damit beschäftigt, wie Bildungsprojekte nachhaltig verstetigt werden könnten und wie wichtig emotionales Lernen im Vergleich zu kognitivem Lernen sei. Dadurch entstehe eine Schnittstelle zwischen Bildung praktischer Natur im Europa-Haus Marienberg und dem Forschungsansatz.

Hinsichtlich Innovation und Entwicklung sei im vergangenen Jahr im Keller ein Escape Room mit folgendem Zombie-Storytelling eingerichtet worden: Die Zombie-Revolution habe stattgefunden, die Teilnehmer hätten es noch in den Keller geschafft, jetzt müssten Rätsel gelöst werden, die auch wieder mit den Teilnehmern zu tun hätten. In diesem Raum öffneten sich verschiedene Dinge, es gebe Tresore und eine blutige Axt an der Wand, sodass wirklich gedacht werde, die Apokalypse könnte stattgefunden haben. Es helfe den jungen Menschen und jedem, wenn in ein Lernen eingetreten werde, dass etwas mit einem mache und audiovisuell funktioniere.

Des Weiteren würden mit Kapla-Holzbausteinen Fragen – wie eine Welt von morgen gebaut werde, wie das politische System aussehen werde und wie Europa heute gefühlt aussehe – in eine andere Sprache gefasst und spielerisch Kompetenzen ausprobiert. Das spielerische Bestreben solle in die Grundschule eintreten: Wissenschaftliche Studien aus Harvard und Yale etwa von Stuart Brown bestätigten, Schule zerstöre die Neugier auf die Welt. Wenn versucht werde, Bildung zu gestalten, dann sei es immer ein Anliegen, die Neugier auf die Welt wieder neu zu wecken. Mit einem Thema wie Europa werde versucht, neue Wege zu eröffnen.

Kunst sei eine Sprache, mit der sich in Kooperation mit der Jugendkunstschule und den dortigen Künstlern beschäftigt und Europa in Form von Utopien und Dystopien gebaut werde. Es werde also aus den vier Wänden nicht nur digital, sondern auch physisch herausgegangen.

**Herr Lucke** ergänzt, die Arbeit mache den Studienleitern Spaß und sie gingen darin auf. Die Bildungsstätte, obwohl sie gemeinnützig sei, stehe im Wettbewerb. Wenn einer der größten Fördergeber, zum Beispiel die Bundeszentrale, wegbrechen würde, dann würde sie relativ schnell in Schieflage geraten. Gemeinnützige Stiftungen seien auf öffentliche Mittel angewiesen. Deshalb müsse die Bildungsstätte geöffnet und breiter gedacht werden, obwohl eine sehr dünne Personaldecke und kein PR-Budget bestehe. Herr Sellen und er stellten das komplette pädagogische Personal der Bildungsstätte dar. Es gebe keinen, der einem die Teilnehmer und neues Geld besorge und die Methoden entwickle, außer es werde selbst gemacht.

In Bad Marienberg kenne ehrlicherweise manchmal ein alteingesessener „Wäller“ zwar das Gebäude, aber nicht die dortige Arbeit. Auch langjährige Sozialkundelehrer in Rheinland-Pfalz hätten immer wieder noch nie vom Europa-Haus gehört. Im Jahr 2018 werde zum ersten Mal ein Studientag mit dem ansässigen Gymnasium – Planspiele mit den zehnten Klassen – durchgeführt: Ökonomisch betrachtet sei es nicht sinnvoll, aber es werde macht, um sich für die Umgebung und die Verbandsgemeinde zu öffnen. Team-Trainings würden schon seit vielen Jahren mit der Realschule plus Bad Marienberg durchgeführt. Mit dem Kunstprojekt „Europaspuren“ seien mit Schülerinnen und Schüler aus der Verbandsgemeinde Bildungsstationen an verschiedenen Stellen im Ort aufgebaut worden.

Ein zweijähriges Projekt, das durch Erasmus+ im Rahmen einer strategischen Partnerschaft im Erwachsenenbildungsbereich im Umfang von 90.000 Euro gefördert werde, sei gerade angelaufen: Mit fünf anderen Bildungseinrichtungen aus ländlichen Regionen in Europa werde sich vernetzt, um zu sehen, was die Herausforderungen und dazugehörigen Antworten in Südschweden, auf der Insel Rhodos, in der Pariser Großregion oder im Westerwald seien.

Bei der Vernetzung im Land seien die Landeszentrale für politische Bildung und das Vierernetzwerk wichtig. Traditionell werde eine Jugendbegegnung durch das Ministerium für Bildung gesondert gefördert und mit Dijon, Oppeln und Mittelböhmen kooperiert. Die Vertretung der EU-Kommission in Bonn sei auch wichtig. Das Europa-Haus sei beim Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz präsent. Vor ein paar Jahren sei das „jugendforum europa“ der Ministerpräsidentin mit der Bertelsmann-Stiftung aktiv begleitet worden. Vor zwei Jahren sei noch mit Herrn Gauck das Zukunftsforum des Bundespräsidenten in Berlin mitbegleitet worden. Im Ergebnis sei das Europa-Haus in Deutschland zwar klein, aber habe sich mittlerweile einen Namen erarbeitet.

Die Europaschulen seien natürliche Verbündete. Von Anfang an sei dieses Netzwerk mit begleitet worden. Alle Multiplikatoren-Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer seien im Europa-Haus durchgeführt und die Vernetzung vorangetrieben worden. Es könne gut sein, dass das Europa-Haus die Koordinierungsstelle für die Europaschulen in Rheinland-Pfalz werde, um dieses Netzwerk ein bisschen flexibler, zeitnaher und aktiver zu gestalten als es in einem Ministerium geleistet werden könne. Die Vertretung der EU-Kommission in Bonn sei auch dabei.

Bei einer anderen strategischen Partnerschaft sei zwei Jahre mitgearbeitet worden: „Europa Clubs“, in Deutschland vergleichbar mit AGs, fänden außerhalb des Curriculums statt, und es gehe um die Verbindung zwischen Schule und non-formaler Bildung.

Herr Sellen habe als Projektleiter mit dem Youtube-Star MrWissen2Go für das Haus der Geschichte in Bonn eine App entwickelt, um es aus einer europäischen Perspektive zu erleben.

Einen 2. Preis habe es für „Phonehenge“, die europäische Umgestaltung von zwölf Telefonzellen, gegeben. Außerdem würden andere Medien wie Podcasts genutzt, um Bildungsthemen zu platzieren. Auch ein Fashion Store mit T-Shirts für den Wiedererkennungswert gehöre dazu. Diese intensive Zusatzarbeit sei sehr wichtig und trage zum Gesamtkonzept bei.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** hält den Vortrag und die Art und Weise, wie Europa vermittelt werde, für beeindruckend. Politik kranke daran, dass sie oft nicht an der Speerspitze der Innovation eine Gesellschaft stehe, sondern eher wertkonservativ sei und die betretenen Pfade nicht gern verlasse. Deshalb seien Einrichtungen sehr erfreulich, in denen mit Freude und dem nötigen Mut an Themen herangegangen werde, die vielleicht erst einmal bedrohlich wirkten, aber letztendlich doch sehr stark etwas mit einem zu tun hätten.

**Frau Abg. Scharfenberger** zeigt sich tief beeindruckt vom Vortrag und der geleisteten Arbeit. Der grundlegende Ansatz sei die Frage, wie Kinder Lernen Spaß mache und sie es auch verstünden. Der Frontalunterricht leiste es heutzutage nicht mehr. Kinder lebten heute in vielen virtuellen Welten, sodass es der richtige Weg sei, sie zu begleiten und dort abzuholen, wo sie seien.

Der Ansatz der Vernetzung werde für richtig gehalten. In Europaschulen verstünden Schülerinnen und Schüler zum Teil gar nicht, was eine Europaschule sei und es werde zu wenig in diese Richtung gemacht. Deshalb werde eine mögliche Koordinierungsstelle für die Europaschulen für sehr sinnvoll gehalten. Wichtig sei, dass Schulen voneinander lernen könnten.

**Herr Sellen** fügt hinzu, um die Arbeit machen zu können, seien sie selbst viel unterwegs und würden auf Konferenzen eingeladen, um zu berichten. Normalerweise sei man etwa bei der re:publica. In der vergangenen Woche sei ein Festival zu cutting-edge technologies besucht worden, um neue Schnittstellen zwischen Bildung und Technik auszuloten. Für die Arbeit müsse in sich selbst investiert werden, um das Bewusstsein zu entwickeln, wie Bildung funktionieren könne und Menschen in diese Prozesse geführt werden könnten, und das sei ein enormer Aufwand.

**Frau Abg. Schmitt** möchte wissen, wie sich – etwa über die Internetseite – vonseiten der Schulen angemeldet werden könne und wie hoch die Kosten seien.

**Herr Lucke** erwidert, auf der Internetseite könne schon einmal ein Einblick gewonnen werden, aber im Zweifelsfall könne eine E-Mail geschrieben oder angerufen werden. Es werde mit Flatrates gearbeitet, da verschiedene Partner nicht unterschiedlich behandelt werden wollten. Die Aufgabe sei, die Förderung so zu gestalten, dass es hinsichtlich der Kosten passe. Der Tagessatz liege bei 30 Euro für ein komplettes Seminar, Vollverpflegung und Unterbringung. Bei einem längeren Seminar sei auch die Exkursion inklusive. Die einzigen Kosten seien für Gruppen die Fahrtkostenübernahme etwa bei einer Busanreise. Bei einem dreitägigen Seminar seien es also 90 Euro, und die großen internationalen Seminare lägen bei etwa 150 Euro. Die Fördergelder würden eins zu eins an die Gruppen weitergeleitet.

**Herr Sellen** ergänzt, die Kosten für das Zombie-Seminar beliefen sich auf 145 Euro für sieben bis acht Tage.

**Frau Abg. Schmitt** empfiehlt, Werbung für die Seminare zu machen und begrüßt die Art der Vermittlung. Als Abgeordnete sei sie am folgenden Tag in eine Schule zum Thema Europa eingeladen. Es sei nicht leicht zu vermitteln, worauf es ankomme.

**Herr Lucke** führt an, vor 13 Jahren noch Kaltakquise durch Anrufe in Schulen betrieben zu haben. Mittlerweile seien zu viele Gruppen für zu wenige Fördergelder vorhanden. Die Gruppen, die ins Europa-Haus kämen – nur etwa alle drei bis fünf Jahre ende eine Kooperation –, fänden die Arbeit gut. Angesichts der Kapazitäten und Fördergelder könnten nicht mehr alle bedient werden, und die Wartezeit betrage vielleicht ein Jahr.

**Frau Abg. Schmitt** regt angesichts des genannten Bedarfs und der Wartezeit Überlegungen an, wie eine stärkere Unterstützung stattfinden könne, auch wenn es in Rheinland-Pfalz haushalterische Rahmenbedingungen mit der Schuldenbremse in der Verfassung gebe.

**Herr Landtagspräsident Hering** erwidert, im Vorstand sei besprochen worden, wie sich zukunftsfähig aufgestellt werde. Es werde für sinnvoll gehalten, die Vermittlung von Bildung in dem Unterkunftshaus auf hohem Niveau zu halten und in die hohe Qualität zu investieren, dass es ein Leuchtturm bleibe. Dies sei sinnvoller als Kapazitäten zu erweitern, weil doch wieder im Sommer, wenn die Auslastung nicht so hoch sei, Akquise betrieben werden müsse, die Fixkosten weiterliefen und dadurch ein Haus sehr schnell in eine Schieflage kommen könne.

Hinsichtlich der Finanzierung habe es die schwarze Null gegeben und wenige tausend Euro seien in den Zweckrücklagen. Das Haus sei in den 1990er Jahren gebaut worden und momentan in einem ordnungsgemäßen Zustand, aber in einigen Jahren müsse wieder in eine Sanierung investiert werden müssen, was der Vorbereitung bedürfe. Es gebe immer wieder Konjunkturprogramme vonseiten des Bund, der EU und anderen, für die dann eine Konzeption vorhanden sei, in die investiert werden könne. In zehn Jahren würden auch bei den Seminarräumen andere Ansprüche von Jugendlichen hinsichtlich des Raums und der Ausstattung gestellt werden.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** bittet um eine Einschätzung, ob die Infrastruktur und die Bettenkapazitäten noch deutlich mehr ausgelastet werden könnten, wenn mehr Personal vorhanden sei – losgelöst davon, es auf einem hohen Niveau zu halten. Als Laie werde die Perspektive eines höheren „Durchsatzes“ gesehen.

**Herr Sellen** äußert Skepsis, da er sehe, wie die beiden Studienleiter allein die folgenden zehn Wochen im Seminarbetrieb eingebunden sein würden. Es müsse Innovation betrieben und die Methoden weiterentwickelt werden, weil es ein Anliegen sei, Bildung weiter zu emulgieren.

Außerdem könne nicht jeder die Seminare geben, und die Studienleiter müssten bei den Projekten und Konzepten da sein. Nicht viele Trainer bekämen das wirklich hin, und alles sei sich selbst erarbeitet worden. Es werde schon viel mit Freien Mitarbeitern zusammengearbeitet, aber es müsse hingeschaut werden, ob sie in der Lage seien, es zu tun. Es gehe zum einen um technisches Know-how, aber es habe auch etwas mit dem Bewusstsein für Bildung zu tun.

**Frau Staatssekretärin Raab** unterstützt das hohe Qualitätsniveau, von dem auch die Europaschulen profitierten. Europabildung werde auch im ehrenamtlichen Bereich angeboten und sei ein wichtiger Impuls, der aber jeweils von der persönlichen Betroffenheit des Engagierten ausgehe: Manche kämen aus dem Unternehmertum, die andere Aspekte in den Mittelpunkt rückten als Engagierte, die etwa von der Arbeit bei Amnesty International geprägt seien. Dies sei wichtig, aber Schülerinnen und Schüler müssten für eine breite Bildung mit allen Facetten konfrontiert werden.

**Herr Vors. Abg. Hartenfels** weist auf das weitere Programm, ein Mittagessen und einen Rundgang durch das Haus, hin und schließt die Sitzung mit einem Dank an die Vortragenden, an Frau Charbonnier für die organisatorische Arbeit, an Herrn Landtagspräsidenten Hering für seine Begleitung und an Frau Staatssekretärin Raab.

gez. Dr. Rack  
Protokollführerin

Anlage

## In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Hering, Hendrik	SPD
Noss, Hans Jürgen	SPD
Scharfenberger, Heike	SPD
Schmitt, Astrid	SPD
Wansch, Thomas	SPD
Barth, Thomas	CDU
Meurer, Elfriede	CDU
Seekatz, Ralf	CDU
Lohr, Damian	AfD
Roth, Thomas	FDP
Hartenfels, Andreas	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Für die Landesregierung:

Raab, Heike	Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
-------------	--

## Landtagsverwaltung:

Hardt, Dr. Markus	Ministerialrat
Rack, Dr. Katrin	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)